



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis90/DIE GRÜNEN

zu „Wir fordern einen Flüchtlingspakt für Schleswig-Holstein“ (Drucksache 20/683)

Wirkungsvolle Maßnahmen zur Unterbringung und Integration Geflüchteter anstatt Symbolpolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag steht an der Seite der Kommunen und aller beteiligten haupt- sowie ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteure. Um für alle bei der Unterbringung und Versorgung Geflüchteter Engagierten weiterhin effektive Unterstützung zu leisten und damit den derzeitigen Herausforderungen Rechnung zu tragen, steht die Landesregierung in einem engen und regelmäßigen Austausch mit den Landrätinnen und Landräten der Kreise sowie den (Ober-)Bürgermeisterinnen und (Ober-)Bürgermeistern der kreisfreien Städte in unserem Land. Nach den Vereinbarungen vom April und September 2022 begrüßt der Landtag die Erarbeitung einer dritten Folgevereinbarung zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden über die Unterstützung bei der Aufnahme und Versorgung von Vertriebenen aus der Ukraine.

Zur Entlastung der Kommunen hat das Land in Absprache mit den Kommunen bereits verschiedene Maßnahmen durchgeführt:

- Das Land hat seine Kapazitäten für die Erstaufnahme durch Verdichtung und durch Hochfahren von Reserveliegenschaften auf über 7.000 Plätze erweitert.
- Seit dem 01.12.2022 besteht eine vierwöchige Ankündigungsfrist für die Verteilung aus den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes.
- Asylsuchende ohne Bleibeperspektive werden grundsätzlich nicht mehr auf die Kreise und kreisfreien Städte zugewiesen, es sei denn, eine Aufenthaltsbeendigung ist absehbar nicht möglich.

Anlässlich der hohen Zugangszahlen aus der Ukraine und damit verbundenen spezifischen Fragestellungen und Koordinierungsbedarfen hat das Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung folgende Strukturen neu aufgebaut:

- Ressortübergreifende Koordinierungsrunde mit den Kommunalen Spitzenverbänden
- Austauschformat mit den Landrätinnen und Landräten sowie Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern
- Austauschformat „Lagebild Ukraine“ mit Vereinen und Verbänden aus dem Themenfeld (u.a. LAG der Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsbeauftragter, Flüchtlingsrat SH etc.)

Der Landtag bittet die Landesregierung, die Gespräche mit den Spitzen der kommunalen Landesverbände in einem kontinuierlichen Rhythmus fortzuführen und die vorbezeichnete dritte Folgevereinbarung für Vertriebene aus der Ukraine zeitnah abzuschließen. Nur so kann kurz- und langfristig der Schutz und die Unterbringung aller Geflüchteten sichergestellt und gleichzeitig unsere Kommunen im Land entlastet werden. Es bedarf transparenter Prozesse und Vereinbarungen, die allen Seiten Orientierung und Planungssicherheit geben sowie ein gemeinsames Handeln ermöglichen.

Der Flüchtlingspakt im Jahre 2015 war ein effektives Mittel, um kurzfristig Vernetzungs-, Unterbringungs- und Integrationsstrukturen aufzubauen und zu stärken. Das Land hat aus dem Jahr 2015 und den Folgejahren Konsequenzen gezogen und die notwendigen Strukturen innerhalb und zwischen den betroffenen Akteurinnen und Akteure überarbeitet und verbessert.

In Schleswig-Holstein sind viele Maßnahmen aus dem Flüchtlingspakt bereits verstetigt worden.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt den Austausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen beim Flüchtlingsgipfel, hält die Ergebnisse jedoch für nicht konkret genug. Der Landtag erwartet von Seiten des Bundes zeitnah Zusagen zur Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung und Integration der Geflüchteten, in Form von Unterkünften und Sprachkursen.

Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung, sich auf Bundesebene weiterhin für folgende Punkte stark zu machen:

- regelmäßiger Austausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Unterbringung Geflüchteter
- finanzielle Beteiligung des Bundes an dem Personalausbau der Zuwanderungsbehörden
- einen bedarfsgerechten Ausbau der Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge einschließlich Zulassungserleichterungen für die Dozentinnen und Dozenten

Seyran Papo
und Fraktion

Catharina Johanna Nies
und Fraktion